

Geschäftsverzeichnisnr. 7052
Entscheid Nr. 96/2020 vom 25. Juni 2020

## ENTSCHEID

---

*In Sachen:* Klage auf Nichtigkeitklärung der Artikel 24, 26, 28, 30 und 47 des Dekrets der Wallonischen Region vom 29. März 2018 « zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung zur Stärkung der Verwaltungsführung und der Transparenz bei der Ausübung der öffentlichen Mandate innerhalb der lokalen und überlokalen Einrichtungen und ihrer Tochtergesellschaften », erhoben von der VoG « Santhea » und anderen.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten F. Daoût und A. Alen, und den Richtern T. Merckx-Van Goey, T. Giet, R. Leysen, J. Moerman und M. Pâques, unter Assistenz des Kanzlers F. Meersschant, unter dem Vorsitz des Präsidenten F. Daoût,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

\*

\* \*

## I. *Gegenstand der Klage und Verfahren*

Mit einer Klageschrift, die dem Gerichtshof mit am 13. November 2018 bei der Post aufgegebenem Einschreibebrief zugesandt wurde und am 21. November 2018 in der Kanzlei eingegangen ist, erhoben Klage auf Nichtigerklärung der Artikel 24, 26, 28, 30 und 47 des Dekrets der Wallonischen Region vom 29. März 2018 « zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung zur Stärkung der Verwaltungsführung und der Transparenz bei der Ausübung der öffentlichen Mandate innerhalb der lokalen und überlokalen Einrichtungen und ihrer Tochtergesellschaften » (veröffentlicht im *Belgischen Staatsblatt* vom 14. Mai 2018): die VoG « Santhea », die « Centre Hospitalier Régional de la Citadelle » Gen.mbH, Laurent Collignon und die « Centre Hospitalier Bois de l'Abbaye » Gen.mbH, unterstützt und vertreten durch RA P. Levert, in Brüssel zugelassen, und RA. E. Lemmens und RÄin E. Kiehl, in Lüttich zugelassen.

Die Wallonische Regierung, unterstützt und vertreten durch RA D. Renders und RÄin E. Gonthier, in Brüssel zugelassen, hat einen Schriftsatz eingereicht, die klagenden Parteien haben einen Erwidierungsschriftsatz eingereicht, und die Wallonische Regierung hat auch einen Gegenerwidierungsschriftsatz eingereicht.

Durch Anordnung vom 6. Mai 2020 hat der Gerichtshof nach Anhörung der referierenden Richter T. Giet und R. Leysen beschlossen, dass die Rechtssache verhandlungsreif ist, dass keine Sitzung abgehalten wird, außer wenn eine Partei innerhalb von sieben Tagen nach Erhalt der Notifizierung dieser Anordnung einen Antrag auf Anhörung eingereicht hat, und dass vorbehaltlich eines solchen Antrags die Verhandlung am 20. Mai 2020 geschlossen und die Rechtssache zur Beratung gestellt wird.

Da keine Sitzung beantragt wurde, wurde die Rechtssache am 20. Mai 2020 zur Beratung gestellt.

Die Vorschriften des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, die sich auf das Verfahren und den Sprachengebrauch beziehen, wurden zur Anwendung gebracht.

## II. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Die Klage auf Nichtigerklärung richtet sich gegen die Artikel 24, 26, 28, 30 und 47 des Dekrets der Wallonischen Region vom 29. März 2018 « zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung zur Stärkung der Verwaltungsführung und der Transparenz bei der Ausübung der öffentlichen Mandate innerhalb der lokalen und überlokalen Einrichtungen und ihrer Tochtergesellschaften » (nachstehend: Dekret vom 29. März 2018).

Mit dem Dekret vom 29. März 2018 « werden die Leitlinien der Regierung, die in ihrer Erklärung zur Regionalpolitik 2017-2019 enthalten sind, sowie die Empfehlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der damit beauftragt war, die Transparenz und Funktionsweise der PUBLIFIN-Gruppe zu untersuchen, in seinem Bericht vom 6. Juli 2017 umgesetzt » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/1, S. 3).

B.2.1.1. Durch Artikel 24 des Dekrets vom 29. März 2018 wird Artikel L1523-15 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung abgeändert. Diese Abänderung ist am 24. Mai 2018 in Kraft getreten.

Artikel 24 Nr. 1 des Dekrets vom 29. März 2018 wurde durch das Dekret der Wallonischen Region vom 26. April 2018 « zur Abänderung von Artikel 24 des Dekrets vom 29. März 2018 zur Abänderung des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung zur Stärkung der Verwaltungsführung und der Transparenz bei der Ausübung der öffentlichen Mandate innerhalb der lokalen und überlokalen Einrichtungen und ihrer Tochtergesellschaften » (nachstehend: Dekret vom 26. April 2018) abgeändert, um « einen Schreibfehler zu korrigieren » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2018-2019, Nr. 1098/1, SS. 2 und 3).

In der durch das Dekret vom 26. April 2018 abgeänderten Fassung bestimmt Artikel 24 des Dekrets vom 29. März 2018:

« Artikel L1523-15 desselben Kodex wird wie folgt abgeändert:

1° Paragraf 1 wird um zwei Absätze mit folgendem Wortlaut ergänzt:

‘ Die Verwalter vertreten entweder angeschlossene Gemeinden, Provinzen oder ÖSHZ, oder andere juristische Personen öffentlichen Rechts, oder private Gesellschafter, oder aber werden als Unabhängige betrachtet.

Die Anzahl unabhängiger Verwalter beträgt höchstens zwei. Sie werden von der Generalversammlung mit einer Stimmenmehrheit von Dreivierteln ernannt, auf Vorschlag des Verwaltungsrats, der mit einer Stimmenmehrheit von Dreivierteln ausgedrückt wird. Die Bedingungen, Titel, Eigenschaften und Verbote, die für diese Verwalter gelten, oder von ihnen verlangt werden, sind diejenigen nach Artikel 526ter des Gesetzbuches über die Gesellschaften. ’;

2° in Paragraf 3 wird Absatz 1 um folgenden Satz ergänzt:

‘ Im Falle von Interkommunalen, denen Gemeinden aus mehr als einer Region angeschlossen sind, werden die Verwalter, was die wallonischen Gemeinden betrifft, nach

Artikel 167 und 168 des Wahlgesetzbuches und, was die Gemeinden der anderen Regionen betrifft, nach den Satzungsbestimmungen der Interkommunale benannt. ';

3° in Paragraf 3 wird Absatz 5 außer Kraft gesetzt;

4° in Paragraf 3 wird Absatz 6 durch Folgendes ersetzt:

‘ Jede demokratische politische Fraktion im Sinne von Artikel L1231-5 § 2 Absatz 5, die mindestens über einen gewählten Vertreter innerhalb einer der angeschlossenen Gemeinden und mindestens einen gewählten Vertreter im Wallonischen Parlament verfügt und die nicht gemäß dem im vorliegenden Paragrafen erwähnten System der Proportionalvertretung vertreten ist, hat Anrecht auf einen Sitz mit Beobachterstatus nach Artikel L5111-1, mit beratender Stimme. ’;

5° Paragraf 3 wird um einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

‘ Die Absätze 1 bis 4 des vorliegenden Paragrafen finden *mutatis mutandis* auf die Verwalter, die die angeschlossenen ÖSHZ vertreten, Anwendung. ’;

6° in Paragraf 5 Absatz 1 werden die Wörter ‘ dreißig Einheiten ’ durch ‘ zwanzig Einheiten ’ ersetzt;

7° in Paragraf 5 wird Absatz 4 durch Folgendes ersetzt:

‘ Eine Interkommunale mit bis drei kommunalen Gesellschaftern kann höchstens sieben Verwalter haben. Wenn es vier kommunale Gesellschafter gibt oder wenn mehr als vier Gemeinden angeschlossenen sind und sie weniger als hunderttausend Einwohner betreuen, darf der Verwaltungsrat eine Höchstanzahl von elf Verwaltern umfassen. ’;

8° er wird um die Paragrafen 8 und 9 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

‘ § 8. Der Verwaltungsrat benennt unter seinen Mitgliedern höchstens einen Vorsitzenden und einen stellvertreten Vorsitzenden. Er benennt seine Vertreter in den Gesellschaften mit einer bedeutenden lokalen öffentlichen Beteiligung.

§ 9. Der Verwaltungsrat hält jedes Jahr mindestens sechs Sitzungen. Falls dies nicht der Fall ist, erklärt der Verwaltungsrat im jährlichen Geschäftsbericht die Gründe dafür. ’ ».

B.2.1.2. Artikel L1523-15 § 3 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung wurde durch Artikel 1 des Dekrets vom 14. Februar 2019 « zur Abänderung von Artikel L1523-15 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung » (nachstehend: Dekret vom 14. Februar 2019) ersetzt.

Diese Abänderung bezweckte, « ein Problem der Kohärenz, das sich aus den nicht koordinierten aufeinanderfolgenden Abänderungen ergeben hat » (*Parl. Dok.*, Wallonisches

Parlament, 2017-2018, Nr. 1260/1, S. 3), die insbesondere durch das Dekret vom 29. März 2018 vorgenommen wurden, zu lösen.

B.2.1.3. Artikel L1523-15 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung bestimmt in der durch die Dekrete vom 29. März 2018 und 14. Februar 2019 abgeänderten Fassung:

« § 1er. Sans préjudice du § 4, alinéa 2, du présent article, l'assemblée générale nomme les membres du conseil d'administration.

Les administrateurs représentent soit des communes, provinces ou C.P.A.S. associés, soit des autres personnes morales de droit public, soit des associés privés, soit sont considérés comme indépendants.

Le nombre d'administrateurs indépendants est fixé à un maximum de deux. Ceux-ci sont nommés par l'Assemblée générale à la majorité des 3/4 des voix et sur présentation du conseil d'administration exprimé à la majorité de 3/4 des voix. Les conditions, titres, qualités et interdictions requises ou applicables à ces administrateurs sont celles prévues à l'article 526<sup>ter</sup> du Code des sociétés.

§ 2. Les administrateurs représentant respectivement les communes, provinces ou C.P.A.S. associés sont de sexe différent.

§ 3. Sans préjudice du paragraphe 4 du présent article, les administrateurs représentant les communes associées sont désignés respectivement à la proportionnelle de l'ensemble des conseils communaux des communes associées conformément aux articles 167 et 168 du Code électoral. Toutefois, pour les intercommunales auxquelles des communes de plus d'une Région sont affiliées, les administrateurs sont désignés, conformément aux articles 167 et 168 du Code électoral pour ce qui concerne les communes wallonnes, et conformément aux dispositions statutaires de l'intercommunale pour ce qui concerne les communes des autres Régions.

Pour le calcul de cette proportionnelle, il sera tenu compte des éventuels critères statutaires ainsi que des déclarations individuelles facultatives d'apparement ou de regroupement.

Les déclarations d'apparement ou de regroupement ne peuvent être faites qu'une seule fois, vers une seule liste et pour l'ensemble des mandats dérivés du conseiller communal. Elles sont publiées sur le site internet de la commune.

Le collège communal communique à l'intercommunale, au plus tard le 1er mars de l'année qui suit celle des élections communales ou provinciales, le nom des conseillers communaux, leur groupe politique et, le cas échéant, les apparements ou les regroupements, tels qu'ils ressortent des déclarations individuelles actées en séance du conseil communal.

Par contre, il n'est pas tenu compte pour le calcul de cette proportionnelle du ou desdits groupes politiques qui ne respecteraient pas les principes démocratiques énoncés, notamment, par la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales, par les protocoles additionnels à cette convention en vigueur en Belgique, par la loi du 30 juillet 1981

tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie et par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste pendant la Seconde Guerre mondiale ou toute autre forme de génocide et de ceux qui étaient administrateurs d'une association au moment des faits à la suite desquels elle a été condamnée pour l'une des infractions prévues par la loi du 30 juillet 1981 ou la loi du 23 mars 1995.

Aux fonctions d'administrateur réservées aux communes, ne peuvent être nommés que des membres des conseils ou collèges communaux.

Tout groupe politique démocratique, défini conformément à l'article L1231-5, § 2, alinéa 5, disposant d'au moins un élu au sein d'une des communes associées et d'au moins un élu au Parlement wallon et non représenté conformément au système de la représentation proportionnelle visée au présent paragraphe, a droit à un siège d'observateur tel que défini à l'article L5111-1 avec voix consultative.

Les administrateurs représentant chaque province sont désignés à la proportionnelle conformément aux articles 167 et 168 du Code électoral, selon une clé intégrant, pour chaque liste de candidats représentée au sein du conseil provincial, pour moitié le nombre de sièges détenus au sein du conseil provincial et pour moitié le nombre de voix obtenues lors des élections provinciales.

Le Gouvernement précise les modalités de mise en œuvre de l'alinéa 8.

Les alinéas 2, 5 et 6 du présent paragraphe sont *mutatis mutandis* applicables à la désignation des administrateurs des provinces associées.

Les alinéas 1, 2, 5 et 6 du présent paragraphe sont applicables *mutatis mutandis* aux administrateurs représentant des C.P.A.S. associés.

§ 4. Il est dérogé à la règle prévue au paragraphe 3, avant-dernier alinéa, du présent article, pour la désignation d'un administrateur représentant les communes associées et, s'il échet, les provinces associées, si tous les conseillers membres des organes issus des calculs de la règle y prévue sont du même sexe.

Dans ce cas, un administrateur supplémentaire est nommé par l'assemblée générale sur proposition de l'ensemble des communes associées.

L'administrateur ainsi nommé a, dans tous les cas, voix délibérative dans le conseil d'administration.

§ 5. Le nombre de membres du conseil d'administration ne peut être inférieur à dix unités ni supérieur à vingt unités. Le nombre de sièges est fixé en fonction du nombre d'habitants de l'ensemble des communes associées de l'intercommunale.

Ce nombre est établi sur la base des chiffres de la population de droit, à la date du 1er janvier de l'année des élections communales et provinciales, tels que publiés au Moniteur belge et à concurrence de maximum cinq administrateurs par tranche entamée de cinquante mille habitants.

La répartition est fixée par les statuts de chaque intercommunale.

Une intercommunale comprenant jusqu'à trois associés communaux pourra compter un maximum de sept administrateurs. Lorsque les associés communaux sont au nombre de quatre ou lorsque plus de quatre communes sont associées et qu'elles desservent moins de cent mille habitants, le conseil d'administration peut comprendre un maximum de onze administrateurs.

§ 6. En cas d'admission d'un nouvel associé, la composition du conseil d'administration est revue, s'il échet, lors de la plus prochaine assemblée générale.

§ 7. Le conseil d'administration peut comprendre un ou plusieurs délégués du personnel qui siègent avec voix consultative.

§ 8. Le conseil d'administration désigne, en son sein et au maximum, un président et un vice-président. Il désigne ses représentants dans les sociétés à participation publique locale significative.

§ 9. Le conseil d'administration tient, au minimum, six réunions annuelles. A défaut, le conseil d'administration en explique les raisons dans le rapport annuel de gestion ».

B.2.2. Artikel 26 des Dekrets vom 29. März 2018 ersetzt Artikel L1523-18 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung durch folgenden Wortlaut:

« § 1. Unbeschadet von Paragraf 5 kann der Verwaltungsrat auf eigene Verantwortung die tägliche Geschäftsführung der Interkommunale dem Inhaber der leitenden Funktion auf lokaler Ebene übertragen.

In dem Beschluss betreffend die Übertragung der täglichen Geschäftsführung wird angegeben, welche Geschäftsführungshandlungen übertragen werden, und wie lange diese Befugnisübertragung dauert. Letztere darf höchstens drei Jahre dauern, und kann erneuert werden. Dieser Beschluss wird durch Abstimmung mit einfacher Mehrheit beschlossen, im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht, und den Gesellschaftern, Verwaltern und ggf. den mit der Kontrolle bevollmächtigten Personen notifiziert. Er tritt nach jeder vollständigen Erneuerung des Verwaltungsrats außer Kraft.

In der Geschäftsordnung können besondere Mehrheiten vorgesehen werden.

§ 2. Der Verwaltungsrat kann auf eigene Verantwortung einen Teil seiner Befugnisse einem oder ggf. mehreren beschränkten Verwaltungsorganen übertragen. Die beschränkten Verwaltungsorgane gehen vom Verwaltungsrat aus. Sie bestehen aus mindestens vier vom Verwaltungsrat benannten Verwaltern. Die Verwalter, die die angeschlossenen Gemeinden, Provinzen oder ÖSHZ vertreten, werden gemäß Artikel 167 und 168 des Wahlgesetzbuches proportional zur Gesamtheit der Räte der angeschlossenen Gemeinden, Provinzen und ÖSHZ benannt.

In dem Beschluss betreffend die Befugnisübertragung auf die beschränkten Verwaltungsorgane wird angegeben, welche Geschäftsführungshandlungen übertragen werden, und wie lange diese Befugnisübertragung dauert. Dieser Beschluss wird durch Abstimmung

mit einfacher Mehrheit beschlossen, im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht, und den Gesellschaftern, Verwaltern und ggf. den mit der Kontrolle bevollmächtigten Personen notifiziert.

In der Geschäftsordnung können besondere Mehrheiten vorgesehen werden.

Entscheidungen über die Finanzstrategie, allgemeine Bestimmungen in Sachen Personalverwaltung, wie diejenigen im Sinne von Artikel L1523-27 § 1 Absatz 5 und besondere Regeln in Bezug auf die leitende Funktion auf lokaler Ebene im Sinne von Artikel L5111-1 des vorliegenden Kodex dürfen nicht Gegenstand einer Befugnisübertragung durch den Verwaltungsrat sein.

Alle Entscheidungen, die auf einer Befugnisübertragung durch den Verwaltungsrat beruhen, werden den Verwaltern notifiziert.

Die beschränkten Verwaltungsorgane verfügen über eine eigene Entscheidungskompetenz, auch wenn diese Entscheidung kraft den Statuten vom Verwaltungsrat ratifiziert werden muss.

§ 3. In Abweichung von Artikel L1523-10 schlägt das beschränkte Verwaltungsorgan dem Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung vor, die den Rahmen für seine Arbeit festlegt. Der Verwaltungsrat verabschiedet diese Geschäftsordnung.

In der Geschäftsordnung werden die Modalitäten, der Inhalt und die Häufigkeit der Berichterstattung an den Verwaltungsrat durch die beschränkten Verwaltungsorgane oder den Beauftragten für die tägliche Geschäftsführung, sowie die Entscheidungen der beschränkten Verwaltungsorgane oder des Beauftragten für die tägliche Geschäftsführung, die Gegenstand einer Ratifizierung durch den Verwaltungsrat sind, angegeben. Dieser Bericht wird mindestens einmal pro Jahr vorgelegt.

§ 4. Wenn ein beschränktes Verwaltungsorgan gebildet wird, um einen Tätigkeitssektor zu verwalten, wird die Proportionalvertretung im Sinne von Paragraf 2 auf der Grundlage der Gemeinden, Provinzen und der ÖSHZ, die mit diesem Sektor verbunden sind, berechnet.

Die Anzahl Mitglieder des beschränkten, auf einen Tätigkeitssektor bezogenen Verwaltungsorgans ist höchstens auf die Anzahl von Verwaltern beschränkt, die aus den mit diesem Sektor verbundenen Gemeinden, Provinzen und ÖSHZ stammen.

Unter den Mitgliedern des beschränkten Verwaltungsorgans, das gebildet wird, um einen Tätigkeitssektor zu verwalten, gibt es mindestens einen Verwalter nach Artikel L1523-15 § 1 Absatz 2, wenn dieser für den Verwaltungsrat gilt.

§ 5. Im Rahmen der Einsetzung eines eventuellen Exekutivbüros, das für die gesamten Aktivitäten der Interkommunale, für die Interkommunalen mit mindestens elf Verwaltern, das einzige Büro sein muss, darf die Höchstanzahl der Mitglieder fünfundzwanzig Prozent der Anzahl Mitglieder des Verwaltungsrats nicht übertreffen. Es handelt sich um Personen beider Geschlechter, die gemäß Artikel 167 und 168 des Wahlgesetzbuches proportional zur Gesamtheit der Räte der angeschlossenen Gemeinden, Provinzen und ÖSHZ benannt werden. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende der Interkommunale sind Mitglieder des Exekutivbüros. Abweichend von Paragraf 4 Absatz 1 entstammen sie unterschiedlichen



demokratischen politischen Fraktionen. Der Vorsitzende nimmt den Vorsitz des Exekutivbüros wahr. Bei Stimmgleichheit ist seine Stimme ausschlaggebend.

Der leitende Beamte auf lokaler Ebene innerhalb der Interkommunale im Sinne von Artikel L5111-1 des vorliegenden Kodex wird systematisch zu den Versammlungen eingeladen, wo er, ohne Mitglied des Büros zu sein, über eine beratende Stimme verfügt.

Unter den Mitgliedern des Exekutivbüros gibt es mindestens einen Verwalter nach Artikel L1523-15 § 1 Absatz 3, wenn dieser für den Verwaltungsrat gilt ».

B.2.3. Artikel 28 des Dekrets vom 29. März 2018 fügt in den Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung einen Artikel L1523-26 ein, der bestimmt:

« § 1. Jede Interkommunale bildet einen Auditausschuss innerhalb ihres Verwaltungsrats.

§ 2. Der Auditausschuss besteht aus Mitgliedern des Verwaltungsrats, die nicht Mitglieder des Exekutivbüros sind. Die Höchstanzahl Mitglieder des Auditausschusses darf fünfundzwanzig Prozent der Anzahl Mitglieder des Verwaltungsrates nicht übertreffen.

Die Mitglieder des Auditausschusses benennen dessen Vorsitzenden.

Mindestens ein Mitglied des Auditausschusses verfügt über eine praktische Erfahrung und/oder technische Kenntnisse im Bereich der Buchführung oder des Audits.

Der Inhaber der leitenden Funktion auf lokaler Ebene innerhalb der Interkommunale wird systematisch zu den Versammlungen eingeladen, wo er über eine beratende Stimme verfügt.

§ 3. Der Verwaltungsrat bestimmt die Aufgaben des Auditausschusses, die mindestens die folgenden Aufgaben umfassen:

1° die Mitteilung an den Verwaltungsrat von Informationen über die Ergebnisse der gesetzlichen Kontrolle des Jahresabschlusses und gegebenenfalls der konsolidierten Rechnungen und von Erklärungen über die Art und Weise, wie die gesetzliche Kontrolle des Jahresabschlusses und gegebenenfalls der konsolidierten Rechnungen zur Integrität der finanziellen Information beigetragen hat, und über die Rolle, die der Auditausschuss im Verfahren gespielt hat;

2° die Überwachung des Verfahrens zur Ausarbeitung der finanziellen Information und zur Abgabe von Empfehlungen oder Vorschlägen zur Sicherung deren Integrität;

3° die Überwachung der Effizienz der Systeme zur internen Kontrolle und zum Risikomanagement der Interkommunale oder der Einrichtung, sowie die Überwachung des internen Audits und seiner Effizienz;

4° die Überwachung der gesetzlichen Kontrolle des Jahresabschlusses und ggf. der konsolidierten Rechnungen, einschließlich der Weiterbehandlung der Fragen und Empfehlungen, die vom Betriebsrevisor, der mit der gesetzlichen Kontrolle der konsolidierten Rechnungen beauftragt ist, erörtert werden;

5° die Prüfung und die Überwachung der Unabhängigkeit des mit der gesetzlichen Kontrolle der konsolidierten Rechnungen beauftragten Betriebsrevisors, insbesondere was die Begründetheit der Erbringung von ergänzenden Dienstleistungen zu Gunsten der Gesellschaft betrifft.

Der Auditausschuss erstattet dem Verwaltungsrat regelmäßig Bericht über die Ausübung seiner Aufgaben, dies zumindest wenn er den Jahresabschluss und gegebenenfalls die konsolidierten Rechnungen ausarbeitet ».

B.2.4. Artikel 30 des Dekrets vom 29. März 2018 fügt in Abschnitt 6 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung einen Artikel L1523-27 ein, der bestimmt:

« § 1. Das Personal der Interkommunale ist einem statutarischen und/oder einem vertraglichen System unterworfen. Das Personal der Interkommunale wird auf der Grundlage eines vom Verwaltungsrat bestimmten Funktionsprofils und eines Bewerberaufrufs benannt.

Als statutarisches Personalmitglied gilt jedes Personalmitglied, das durch einen einseitigen Beschluss der Behörde endgültig ernannt wird, sowie jedes Personalmitglied, das durch einen einseitigen Beschluss der Behörde mit Blick auf eine endgültige Ernennung auf Probe zugelassen wird.

Als Mitglied des Vertragspersonals gilt jedes Personalmitglied, das unter Arbeitsvertrag nach dem Gesetz vom 3. Juli 1978 über die Arbeitsverträge eingestellt wird.

Die Person, die die leitende Funktion auf lokaler Ebene innehat, wird vom Verwaltungsrat benannt.

Der Verwaltungsrat legt die objektiven allgemeinen Bedingungen in Sachen Personal fest, worunter:

1° die Bedingungen für den Zugang zu den Arbeitsstellen und ggf. für die Beförderung, die Modalitäten in Bezug auf die Öffentlichkeit des Aufrufs an die Bewerber sowie das Verfahren für die Bewertung des Personals der Interkommunale;

2° die Gehaltstabellen, die Zulagen, Vergütungen und alle Vorteile des Personals der Interkommunale.

Für die leitende Funktion auf lokaler Ebene und die Führungsfunktionen umfassen die Bedingungen für den Zugang zu den Stellen insbesondere das Funktionsprofil und die Zusammensetzung der Auswahljury.

Das Personal der Interkommunale unterliegt einer Bewertung und kann nach Teil I Buch II Titel I Kapitel VII des Kodex wegen Berufsuntauglichkeit von Amts wegen entlassen werden.

Die vorangehenden Absätze sind auf die leitende Funktion auf lokaler Ebene anwendbar, unbeschadet der Sondervorschriften des vorliegenden Kodex.

§ 2. Die Besoldungsordnung und die Gehaltstabellen werden unter anderem nach der Wichtigkeit der Zuständigkeiten, dem Grad der Verantwortung und den erforderlichen allgemeinen und fachlichen Fähigkeiten festgelegt, unter Berücksichtigung der von den Personalmitgliedern in dem Organigramm der Interkommunale bekleideten Stelle.

§ 3. Der Verwaltungsrat ist für Personalangelegenheiten befugt, kann jedoch die Umsetzung der Entscheidungen, die er getroffen hat, im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen in Sachen Personal übertragen ».

B.2.5. Artikel 47 des Dekrets vom 29. März 2018 ersetzt Artikel L5111-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung durch folgenden Wortlaut:

« Zur Anwendung des vorliegenden Kodex gelten folgende Definitionen:

[...]

16° Beobachter: Person, die innerhalb eines dem vorliegenden Kodex unterliegenden Verwaltungsorgans bestellt wird, um mit beratender Stimme zu tagen, und die die gleichen Rechte und Verpflichtungen wie diejenigen der Verwalter genießt, einschließlich der deontologischen und ethischen Regeln;

[...] ».

Artikel L5311-1 § 2 Absatz 5 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, ersetzt durch den nicht angefochtenen Artikel 52 des Dekrets vom 29. März 2018, bestimmt:

« Das Mandat als Beobachter im Sinne von Artikel L5111-1 wird unentgeltlich ausgeübt ».

B.2.6. Nach dem nicht angefochtenen Artikel 88 des Dekrets vom 29. März 2018 sollten die Statuten der Interkommunalen spätestens zum 1. Juli 2018 angeglichen worden sein.

### *In Bezug auf die Zulässigkeit der Klage*

B.3. Die Wallonische Regierung macht die Unzulässigkeit der Klage geltend.

Die Wallonische Regierung ist zunächst der Auffassung, dass kein Klagegrund gegen Artikel 47 des Dekrets vom 29. März 2018 gerichtet ist. Sie vertritt sodann den Standpunkt, dass sich die klagenden Parteien in der Tragweite der angefochtenen Artikel 24, 26, 28 und 30

des Dekrets vom 29. März 2018 irren, sodass sie nicht unmittelbar von diesen Bestimmungen betroffen seien und somit kein Interesse daran hätten, deren Nichtigerklärung zu beantragen.

B.4.1. Durch Artikel 47 des Dekrets vom 29. März 2018 wird Artikel L5111-1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung ersetzt, in dessen Nr. 16 der Begriff « Beobachter » definiert ist.

Da die im ersten Klagegrund dargelegten Beschwerdegründe gegen den Status des « Beobachters » gerichtet sind und in der Klageschrift eindeutig angegeben ist, dass sie sich gegen Artikel 47 des Dekrets vom 29. März 2018 richtet, wird die Einrede der Unzulässigkeit in Bezug auf Artikel 47 des Dekrets vom 29. März 2018 abgewiesen.

B.4.2. Im Übrigen, da die Einrede der Unzulässigkeit mit der Tragweite der angefochtenen Bestimmungen zusammenhängt, deckt sich deren Prüfung mit derjenigen der Sache selbst.

### *Zur Hauptsache*

#### *In Bezug auf den ersten Klagegrund*

B.5. Der erste Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11 und 27 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, mit Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und mit Artikel 35 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Dieser Klagegrund ist gegen die Artikel 24, 26, 28 und 47 des Dekrets vom 29. März 2018 gerichtet.

Die klagenden Parteien bemängeln den Umstand, dass aufgrund des neuen Status des « Beobachters », der vom Dekret vom 29. März 2018 eingeführt wird, die Vertreter der Ärzteschaft und des akademischen Personals, insbesondere der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Lüttich oder in seiner Ermangelung ein Arzt, der Mitglied der Verwaltungsorgane dieser Fakultät ist, die Vertreter des Ärzterats, der Chefarzt oder der Generaldirektor nicht mehr mit beratender Stimme in der Eigenschaft als « beobachtendes »

Mitglied oder in der Eigenschaft als « ständiger Gast » in den Verwaltungsorganen der Interkommunalen, die ein Krankenhaus betreiben, sitzen können.

Die klagenden Parteien leiten daraus eine Diskriminierung, insofern in den angefochtenen Bestimmungen die Interkommunalen, die ein Krankenhaus, gegebenenfalls ein Universitätskrankenhaus, betreiben, gleich behandelt würden wie die anderen Interkommunalen, sowie einen Verstoß gegen die Vereinigungsfreiheit der Interkommunalen, die Krankenhäuser betreiben, ab.

B.6. Aus der Darlegung des Klagegrunds ergibt sich, dass die klagenden Parteien nicht nachweisen, inwiefern die angefochtenen Bestimmungen in Verbindung mit den Artikeln 10, 11 und 27 der Verfassung gegen Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 35 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verstoßen würden. Im Übrigen weisen die klagenden Parteien nicht nach, inwiefern die angefochtenen Bestimmungen in den Anwendungsbereich des Rechts der Union fallen würden.

Der Gerichtshof beschränkt seine Prüfung daher auf die Vereinbarkeit der angefochtenen Bestimmungen mit den Artikeln 10, 11 und 27 der Verfassung.

B.7.1. Das Dekret vom 29. März 2018 hat das Ziel, « die persönliche Verantwortung der Mandatsträger, unabhängig davon, ob sie in lokalen und überlokalen Einrichtungen oder ihren Tochtergesellschaften gewählt oder bestellt wurden, zu verstärken », indem strengere Regeln entwickelt werden, « um jeglichen Missbrauch zu verhindern » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/1, S. 3):

« Parmi ces règles, le texte propose notamment la détermination d'un seul président et d'un seul vice-président par organe de gestion, la réduction d'un tiers du nombre d'administrateurs, un encadrement plus strict et la publicité de leurs rémunérations et jetons de présence, de nouvelles incompatibilités, la mise en place d'informateurs institutionnels, le renforcement de la transparence dans le fonctionnement des intercommunales (à ce titre, notons que les décisions sur la stratégie financière, les règles générales en matière de personnel et les règles particulières relatives à la fonction dirigeante locale ne peuvent faire l'objet d'une délégation par le conseil d'administration), la possibilité d'avoir la présence de maximum deux administrateurs indépendants au sein des intercommunales, la suppression de la prédominance provinciale et de l'attribution de sièges surnuméraires, l'instauration d'un comité d'audit, etc. » (ebenda).

Die von dem Dekret vom 29. März 2018 vorgenommene Reform des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung hat drei Schwerpunkte: « die Verwaltungsführung, die Einbeziehung in die Verantwortung und die Transparenz » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/27, S. 7).

B.7.2. In Bezug auf den im Entwurf befindlichen Artikel, aus dem Artikel 24 des Dekrets vom 29. März 2018 geworden ist, ist in den Vorarbeiten dargelegt:

« Conformément aux recommandations de la Commission d'enquête 'Publifin', la modification législative instaure le principe des administrateurs 'indépendants' au sein du conseil d'administration des intercommunales. Ceux-ci sont proposés par le Conseil d'administration à la majorité des 3/4 des membres puis approuvés par l'Assemblée générale par 3/4 de ses membres. Le texte prévoit un maximum de deux administrateurs indépendants. Il est à noter que la nomination d'administrateurs indépendants est bien une faculté. Pour le surplus, les administrateurs indépendants sont compris dans les limites du nombre d'administrateurs fixées par le présent article. En outre, les administrateurs surnuméraires avec voix délibérative sont remplacés par un observateur avec voix consultative. [...] Conformément à la Déclaration de politique régionale et aux recommandations de la Commission d'enquête 'Publifin', la modification législative vise aussi à réduire le nombre d'administrateurs de 30 à 20 » (ebenda, S. 7).

Was die Ersetzung der « überzähligen » Verwaltungsratsmitglieder, die über eine beschließende Stimme verfügen, durch « Beobachter », die über eine beratende Stimme verfügen, betrifft, wird präzisiert, dass « das Mandat, da sie Beobachter und nicht Verwaltungsratsmitglieder sind, nicht vergütet werden kann » (ebenda, S. 6).

In dem Bericht ist ebenfalls angegeben:

« Pour le conseil d'administration, le nombre maximum d'administrateurs autorisés est réduit d'un tiers dans les intercommunales de 30 administrateurs maximum. Les administrateurs surnuméraires sont remplacés par des observateurs qui disposeront des mêmes droits, à savoir la mise à disposition et la consultation des documents, la participation aux réunions et des mêmes obligations de présence et de confidentialité, que les autres administrateurs, sans pour autant bénéficier d'une voix délibérative, ni de jeton de présence » (ebenda, S. 4).

Ein Abänderungsantrag, mit dem die überzähligen Verwaltungsratsmitglieder beibehalten, aber in die Höchstgrenze der maximalen Anzahl an Verwaltungsratsmitglieder einbezogen werden sollten (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/13), wurde abgelehnt (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/27, SS. 38-39).

B.7.3. In Bezug auf den im Entwurf befindlichen Artikel, aus dem Artikel 47 des Dekrets vom 29. März 2018 geworden ist, wird in der Begründung angeführt:

« La définition d’ ‘ observateur ’ est ajoutée. Il s’agit de la personne qui peut assister aux réunions de l’organe de gestion de l’organisme dans lequel elle est désignée mais qui ne dispose pas du droit de vote. L’observateur peut néanmoins exprimer le point de vue du groupe dont il est issu. Exception faite du droit de vote et de la rémunération, l’observateur a les mêmes droits que les administrateurs, en ce compris le droit à un éventuel remboursement des frais de déplacement pour remplir son mandat. L’observateur est soumis aux mêmes règles de déontologie et d’éthique que les administrateurs, en ce compris le respect du secret des affaires » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/1, S. 13).

Auf die Frage nach dem Status der Beobachter hat die Ministerin für lokale Behörden, Wohnungswesen und Sportinfrastruktur angegeben, dass « ein klarer Wille bestand, deren Anzahl zu begrenzen » und dass « die Regierung die maximale Anzahl an Verwaltungsratsmitgliedern einhalten, die Frage der überzähligen Verwaltungsratsmitglieder klären und ihnen den Status eines Beobachters geben will » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/27, S. 21).

B.7.4. Außerdem sieht der im Entwurf befindliche Artikel, aus dem Artikel 26 des Dekrets vom 29. März 2018 geworden ist, vor, dass das Verfahren der Befugnisübertragung auf beschränkte Verwaltungsorgane « in Bezug auf seinen Gegenstand und seine Dauer begrenzt » wird (ebenda, S. 8):

« Les organes restreints de gestion sont des émanations du conseil d’administration. Ils sont décisionnels et sont composés de minimum quatre administrateurs.

La délibération relative aux délégations et aux organes restreints de gestion précise les actes de gestion qui sont délégués et la durée de délégation. Elle est votée à la majorité simple, publiée au *Moniteur belge* et notifiée aux associés et aux administrateurs et toute délibération prise sur base d’une délégation du conseil d’administration est notifiée aux administrateurs.

Les décisions qui concernent la stratégie financière, les dispositions générales en matière de personnel, les règles relatives à la fonction dirigeante locale ne peuvent pas faire l’objet d’une délégation du conseil d’administration.

Pour le bureau exécutif, le Code prévoit explicitement pour les intercommunales comptant au moins 11 administrateurs la création en tant qu’organe restreint de gestion d’un éventuel bureau exécutif unique pour l’ensemble des activités de l’intercommunale.

Sa composition est balisée, le nombre maximum de membres ne peut pas être supérieur à 25 % du nombre de membres du conseil d'administration, soit maximum cinq personnes. Les membres du bureau exécutif sont de sexe différent et désignés à la proportionnelle. Le président et le vice-président de l'intercommunale en sont membres et sont issus de groupes politiques démocratiques différents » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/27, S. 5).

Der im Entwurf befindliche Artikel, aus dem Artikel 28 des Dekrets vom 29. März 2018 geworden ist, sieht seinerseits die systematische Einrichtung eines Auditausschusses vor, der vom « Verwaltungsrat der Interkommunale » ausgeht (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/1, S. 8).

B.8. Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass die angefochtenen Bestimmungen weder eine Vertretung der Mitglieder der Ärzteschaft oder des akademischen Personals im Verwaltungsrat (Artikel 24 und 47) noch in etwaigen beschränkten Verwaltungsorganen (Artikel 26) oder im Auditausschuss (Artikel 28) einer Interkommunale, die ein Krankenhaus betreibt, vorsehen.

B.9.1. Allerdings bedeutet der Umstand, dass in den angefochtenen Bestimmungen keine Vertretung der Mitglieder der Ärzteschaft oder des akademischen Personals in den Verwaltungsorganen einer Interkommunale, die ein Krankenhaus betreibt, vorgesehen ist, nicht, dass eine solche Vertretung nicht möglich ist.

Die angefochtenen Bestimmungen sind nämlich unter Berücksichtigung der Zielsetzung des Dekrets vom 29. März 2018 auszulegen.

B.9.2. Das Dekret vom 29. März 2018 hat das Ziel, einen Rahmen für die Regeln zur Zusammensetzung der Verwaltungsorgane von Interkommunalen zu setzen, indem insbesondere die Anzahl an Verwaltungsratsmitgliedern begrenzt und die « überzähligen » Verwaltungsratsmitglieder durch « Beobachter » ersetzt werden, die unentgeltlich mit beratender Stimme teilnehmen. Mit diesen Maßnahmen wird dadurch ein legitimes Ziel verfolgt, dass sie jeglichen Missbrauch verhindern und die Einbeziehung der Mandatsträger in die Verantwortung, die Transparenz und die ordnungsgemäße Verwaltungsführung stärken sollen.



In diesem Zusammenhang sieht Artikel L1523-15 § 3 Absatz 7 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung in der durch das Dekret vom 14. Februar 2019 ersetzten Fassung vor, dass « jede demokratische politische Gruppierung im Sinne von Artikel L1231-5 § 2 Absatz 5, die über mindestens einen Mandatsträger in einer der angeschlossenen Gemeinden und über mindestens einen Gewählten im Wallonischen Parlament verfügt und nicht gemäß dem System der im vorliegenden Paragraphen erwähnten verhältnismäßigen Vertretung vertreten ist », Anrecht auf einen Sitz im Verwaltungsrat als Beobachter im Sinne von Artikel L5111-1 desselben Kodex hat. Der Status als Beobachter ist weder für etwaige beschränkte Verwaltungsorgane noch für den Auditausschuss einer Interkommunale vorgesehen.

Der Umstand, dass der vorerwähnte Artikel L1523-15 § 3 Absatz 7 politischen Gruppierungen ausdrücklich einen Sitz als Beobachter im Verwaltungsrat der Interkommunale gewährt, bedeutet jedoch nicht, dass Vertreter der Ärzteschaft oder des akademischen Personals, insbesondere der Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Lüttich oder in seiner Ermangelung ein Arzt, der Mitglied der Verwaltungsorgane dieser Fakultät ist, die Vertreter des Ärzterats, der Chefarzt oder der Generaldirektor nicht mit beratender Stimme in der Eigenschaft als « ständige Gäste » am Verwaltungsrat der Interkommunalen, die ein Krankenhaus betreiben, unentgeltlich teilnehmen können.

Wie außerdem die Wallonische Regierung in ihrem Schriftsatz angibt, entspricht diese Möglichkeit, den Vertretern der Ärzteschaft oder des akademischen Personals den Status von « ständigen Gästen » einzuräumen, der Praxis in den Verwaltungsräten der Interkommunalen, die ein Krankenhaus betreiben, und ist mit den angefochtenen Bestimmungen vereinbar.

B.10.1. Im Übrigen verhindern die angefochtenen Bestimmungen nicht, dass die Rechtsvorschriften über Krankenhäuser, insofern sie vorsehen, dass die Krankenhausärzte an der Beschlussfassung im Krankenhaus beteiligt werden müssen, eingehalten werden.

B.10.2. Artikel 8 des am 10. Juli 2008 koordiniertes Gesetzes « über die Krankenhäuser und andere Pflegeeinrichtungen » (nachstehend: koordiniertes Gesetz vom 10. Juli 2008) definiert den « Verwalter » des Krankenhauses als « das Organ, das laut Rechtsform des Krankenhauses mit der Verwaltung des Krankenhausbetriebs beauftragt ist ». Artikel 15 desselben Gesetzes sieht vor, dass jedes Krankenhaus eine eigene Verwaltung hat. Gemäß

seinem Artikel 1 findet das koordinierte Gesetz vom 10. Juli 2008 Anwendung auf alle Krankenhäuser, ungeachtet dessen, ob der Träger eine Person des öffentlichen oder des privaten Rechts ist.

Artikel 18 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 sieht außerdem vor, dass der Chefarzt zu den Versammlungen des mit der Verwaltung des Betriebs des Krankenhauses beauftragten Organs eingeladen wird und an diesen Versammlungen teilnehmen kann. Artikel 133 desselben Gesetzes sieht vor, dass « der Ärzterat [...] das die Krankenhausärzte vertretende Organ [ist], durch das sie an der Beschlussfassung im Krankenhaus beteiligt werden » und Artikel 137 desselben Gesetzes zählt die Fälle auf, in denen der Ärzterat vom Verwaltungsorgan des Krankenhauses konsultiert werden muss.

Artikel *1bis* des königlichen Erlasses vom 7. Juni 2004 « zur Festlegung der Bedingungen zur und der Bezeichnung als Universitätskrankenhaus, universitärer Krankenhausdienst, universitäre Krankenhausfunktion oder universitäres Krankenhauspflegeprogramm » sieht ebenfalls eine Beteiligung, gegebenenfalls mit beratender Stimme, der Verwaltungsorgane der medizinischen Fakultät an den Verwaltungsorganen des Krankenhauses vor.

Aus all diesen Bestimmungen ergibt sich, dass die Verwaltungsorgane der Interkommunalen, die ein Krankenhaus betreiben, deren Zusammensetzung den angefochtenen Bestimmungen unterliegt, nicht mit den Verwaltungsorganen des Krankenhauses, auf die sich die Rechtsvorschriften über Krankenhäuser, an deren Entscheidungsprozess die Vertreter der Ärzteschaft und gegebenenfalls des akademischen Personals beteiligt werden, beziehen, zu verwechseln sind.

B.11. Die Beschwerdegründe der klagenden Parteien beruhen auf einer falschen Lesart der angefochtenen Bestimmungen.

B.12. Der erste Klagegrund ist unbegründet.

*In Bezug auf den zweiten Klagegrund*

B.13. Der zweite Klagegrund ist abgeleitet aus einem Verstoß gegen die Artikel 10, 11, 23 Absatz 3 Nrn. 1 und 2, 35 und 143 § 1 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit der Handels- und Gewerbefreiheit, die durch die Artikel II.3 und II.4 des Wirtschaftsgesetzbuches gewährleistet ist, mit den Artikeln 15 und 16 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, mit den Artikeln 34 bis 36, 56 und 57 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, mit Artikel 5 § 1 I Nr. 1 Buchstabe a) und mit Artikel 6 § 1 VI Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, und aus einem Verstoß gegen den Grundsatz der föderalen Loyalität und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Dieser Klagegrund richtet sich gegen Artikel 30 des Dekrets vom 29. März 2018.

Die klagenden Parteien sind der Auffassung, dass die Ärzte, die mit einem von einer Interkommunale verwalteten Krankenhaus verbunden sind, aufgrund der angefochtenen Bestimmung ihre berufliche Tätigkeit nicht mehr im Selbständigenstatus ausüben könnten. Die klagenden Parteien leiten daraus ab, dass die angefochtene Bestimmung diskriminierend sei, insofern sie die Krankenhausärzte und die Mitglieder des leitenden, administrativen und technischen Personals gleich behandeln würde und insofern sie die Ärzte, die mit einem von einer Interkommunale verwalteten Krankenhaus verbunden sind, gegenüber den Ärzten, die mit einem von einer juristischen Person des privaten Rechts verwalteten Krankenhaus verbunden sind, unterschiedlich behandeln würde. Die angefochtene Bestimmung würde ebenfalls gegen die Unternehmensfreiheit und das Recht auf soziale Sicherheit sowie gegen die föderale Zuständigkeit, die Rechtsstellung des Krankenhausarztes zu bestimmen, verstoßen.

B.14. In Bezug auf den im Entwurf befindlichen Artikel, aus dem Artikel 30 des Dekrets vom 29. März 2018 geworden ist, wird in der Begründung angeführt:

« Dans le paragraphe premier de l'article L1523-27 nouvellement créé, les notions d'agent statutaire et contractuel sont définies.

Compétence est donnée au conseil d'administration pour désigner la personne qui occupe la fonction dirigeante locale ainsi que pour fixer les dispositions générales en matière de personnel. Cette disposition doit se lire en corrélation avec l'article L1523-18, § 2, alinéa 4, du présent projet de décret en vertu duquel : ' Les décisions sur la stratégie financière, les règles générales en matière de personnel et les règles particulières relatives à la fonction dirigeante locale telle que définie à l'article L5111-1 du présent Code, ne peuvent faire l'objet d'une délégation par le conseil d'administration '.

Des indications sont données sur ce qu'il faut entendre par 'dispositions générales en matière de personnel' par parallélisme avec ce qui existe pour les agents communaux (cf. articles L1212-1 et suivants du Code de la Démocratie locale et de la Décentralisation).

Une erreur de renvoi est corrigée dans l'alinéa relatif à la démission d'office pour inaptitude professionnelle. Il est désormais clairement précisé que les règles qui précèdent s'appliquent également à la fonction dirigeante locale afin que ce dernier soit soumis aux mêmes dispositions que les autres agents d'une intercommunale, sauf à tenir compte bien entendu des dispositions particulières du présent code qui sont propres à la fonction dirigeante locale (par exemple, l'annexe 4 du présent projet de décret relative aux règles applicables en matière de rémunération de la fonction dirigeante locale). Le conseil d'administration étant désormais la seule autorité compétente pour prendre toutes les mesures réglementaires concernant l'ensemble du personnel (dirigeant ou non), il est logiquement prévu que le comité de rémunération se voit retirer toute compétence de nature décisionnelle en ce qui concerne les fonctions de direction (cf. article L1523-17 du présent projet de décret). Ce faisant, le législateur décretaal apporte une réponse à la difficulté d'interprétation liée à la mise en œuvre combinée de l'article L1523-17, alinéa 2, et de l'article L1523-18, § 1er, alinéa 2, du Code de la Démocratie locale et de la Décentralisation. Le paragraphe 2 s'inspire du libellé de l'article L1212-2 du Code de la Démocratie locale et de la Décentralisation (applicable pour les agents communaux). Le paragraphe 3 fixe une disposition (laquelle s'inspire de l'article 69 du décret du 6 juillet 2001 portant réglementation de la coopération intercommunale, applicable pour la Région flamande) qui permet au conseil d'administration de déléguer ce qui porte sur la mise en œuvre des dispositions générales en matière de personnel. Cela vise la gestion individuelle du personnel liée à l'application de ces dispositions générales (le calcul concret de la rémunération fixée par les statuts, règlements du personnel, l'octroi des jours de congé au regard des dispositions générales y relatives, etc) » (*Parl. Dok.*, Wallonisches Parlament, 2017-2018, Nr. 1047/1, S. 9).

B.15.1. Aus dem Inhalt der Klageschrift und der Darlegung des Klagegrunds geht hervor, dass die klagenden Parteien Artikel L1523-27 § 1 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung in der durch Artikel 30 des Dekrets vom 29. März 2018 eingefügten Fassung nur insofern kritisieren, als er vorsieht, dass « das Personal der Interkommunale [...] aus statutarischen und/oder vertraglich angestellten Mitgliedern [besteht] ».

In der angefochtenen Bestimmung wird der Inhalt des früheren Artikels L1523-1 Absatz 3 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung übernommen, der - so wie er insbesondere durch das Dekret vom 19. Juli 2006 « zur Abänderung des Buches V des ersten Teils des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung hinsichtlich der Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden » abgeändert wurde - vor seiner Ersetzung durch Artikel 17 des Dekrets vom 29. März 2018 bestimmte:

« Das Personal der Interkommunale besteht aus statutarischen und/oder vertraglich angestellten Mitgliedern. Das Personal der Interkommunale wird auf der Grundlage eines vom Verwaltungsrat bestimmten Funktionsprofils und eines Kandidaten-Aufrufs benannt. [Es] wird

einer Beurteilung unterzogen und kann unter den in Buch II, Titel I, Kapitel [V] des ersten Teils des Kodex festgelegten Bedingungen aufgrund von Berufsuntauglichkeit von Amts wegen entlassen werden ».

B.15.2. Die angefochtene Bestimmung ändert somit hinsichtlich des von den klagenden Parteien kritisierten Elements die rechtliche Regelung, die auf das Personal der Interkommunale anwendbar ist, nicht ab.

B.15.3. Zudem bezieht sich die angefochtene Bestimmung, die vorsieht, dass « das Personal der Interkommunale [...] aus statutarischen und/oder vertraglich angestellten Mitgliedern [besteht] », ausschließlich auf die Personalmitglieder einer Interkommunale und nicht auf die Krankenhausärzte, die medizinische Leistungen in einem in dieser Form gegründeten Krankenhaus erbringen.

In Bezug auf solche Leistungen sind die Krankenhausärzte nicht von der angefochtenen Bestimmung betroffen. Die Rechtsverhältnisse zwischen dem Krankenhaus und den Krankenhausärzten sowie ihre entlohnungsrechtliche Stellung sind nämlich weiterhin durch die Artikel 144 bis 146 des koordinierten Gesetzes vom 10. Juli 2008 geregelt. Die angefochtene Bestimmung ermöglicht es somit einem Krankenhaus, das von einer Interkommunale verwaltet wird, für die Erbringung der medizinischen Leistungen, die es den Patienten anbieten möchte, Ärzte zu verpflichten, die ihre Heilkunde über ein Statut, einen Vertrag oder im Selbständigenstatus ausüben können.

B.16. Die Beschwerdegründe der klagenden Parteien beruhen somit auf einer falschen Auslegung der angefochtenen Bestimmung.

B.17. Der zweite Klagegrund ist unbegründet.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

weist die Klage zurück.

Erlassen in französischer, niederländischer und deutscher Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 25. Juni 2020.

Der Kanzler,

Der Präsident,

F. Meersschant

F. Daoût